

Interpellation Schuldensanierung

Der Basler Zeitung vom 8.7.2004 konnten wir mit Erstaunen entnehmen, dass während zweier Jahren ein „Kantonal Beamter“ der Gemeinde Pratteln Schuldensanierungsangebote unterbreitete. Demnach kaufte er der Gemeinde zu tiefen Preisen Schuldscheine ab und verlangte von den Schuldnern nur die Hälfte der Differenz zum geschuldeten Betrag. Dies sei eine gängige Praxis von Inkassounternehmen, erklärt der Beamte. Denn für die Gemeinde sei bei langjährigen Schuldscheinen eine geringe Rückzahlung besser als gar keine, und der Schuldiger entledige sich so auf günstige Art seiner Schulden. Für den kantonalen Pfändungsbeamten schauten dabei angeblich erkleckliche Gewinne heraus. Als die Sache aufzog, wurde der Beamte der ungetreuen Amtsführung angeklagt.

In diesem Zusammenhang fragen wir den Gemeinderat an:

1. **Hat der Gemeinderat je einen Beschluss gefasst Schuldscheine zu verkaufen?**
2. **Wenn nicht, wie sind diese Geschäfte zu Stande gekommen?**
3. **Wurde eine interne Untersuchung resp. Anzeige erstattet?**
4. **Wer übernimmt die Verantwortung für die so verlorenen Steuereinnahmen?**
5. **Ist ein Controlling in der Prattler Finanzabteilung gewährleistet?**
6. **Wenn ein fremder Steuereintreiber die ausstehenden Schulden eintreiben kann, warum kann es die Gemeinde Pratteln nicht?**
7. **Wie viele ausstehende Steuern (in Franken) gibt es aktuell in Pratteln?**

Pratteln, den 21. August 2004

Für die Fraktion



Stephan Ackermann